

Otto Holman

Die Neue Europäische Peripherie Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union im Vergleich

Allgemein wird angenommen, dass die Europäische Union (EU) seit den frühen 90er Jahren viel von ihrer inneren Stabilität an das „andere Europa“ ausgestrahlt hat. Politiker und Akademiker sind gleichermaßen der Ansicht, dass die Aussicht auf eine mögliche Mitgliedschaft für die EU-Kandidaten einen Anreiz darstellte, demokratische Institutionen zu entwickeln und ihre Ökonomien zu liberalisieren. Werden die disziplinierenden Effekte der internationalen Integration (bzw. der Aussicht darauf) auf innenpolitische Entwicklungs- und Modernisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa (MOE) betont, wird dabei implizit oder explizit auf die positiven Wirkungen der internationalen Integration auf frühere Transitionsprozesse in Südeuropa, insbesondere in Spanien, verwiesen.¹ Zentrales Argument dieses Artikels ist dagegen, dass der Versuch, derartige historische Parallelen zu ziehen, zu irrigen und mitunter gefährlichen Schlussfolgerungen führen kann. Dies um so mehr, wenn daraus Prognosen hinsichtlich zukünftiger Stabilität und Sicherheit in MOE abgeleitet werden.

Sollte alles nach Plan laufen, muss die EU sich auf eine zweite Erweiterung vorbereiten, die fast ausschließlich „periphere“ Länder betrifft. Während sich die erste Erweiterung (in den 80er Jahren), bei der es um weniger entwickelte Länder ging, auf die neuen Demokratien in Südeuropa konzentrierte, wird diese zweite sehr wahrscheinlich die Form eines „Big Bang“ annehmen: sie wird 8 mittel- und osteuropäische Länder plus Zypern und Malta einschließen. Auf den ersten Blick ist man tatsächlich versucht, zwischen diesen beiden „peripheren“ Erweiterungsrounds historische Parallelen zu ziehen. Während

1 Kürzlich argumentierte z.B. der britische Europaminister Peter Hain, dass die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa wesentlich dazu beitrage, einen Aufschwung rechtsextrimer Kräfte auf dem Kontinent abzuwenden. Eine Erweiterung fördere die innere Stabilisierung der Bewerberländer und stärke die Ostgrenze der EU. In einer Erweiterung läge eine klare Chance, Demokratie in Mittel- und Osteuropa zu etablieren, wofür Hain explizit die positiven Erfahrungen in Südeuropa als Beispiele anführte: „Wenn man sich Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal ansieht, so haben diese einen langen Weg zurücklegen müssen, bis sie Mitglieder der EU werden konnten.“ (*Financial Times* vom 21. Mai 2002).

der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und in geringerem Ausmaß mit Portugal und Griechenland gab es viele Gespräche über die Gefahren massiver Migrationsströme vom Süden in den Norden, die als Folge einer vollständigen Mitgliedschaft dieser Länder erwartet wurden. Im Fall des Beitritts Spaniens und Portugals am 1. Januar 1986 wurde diese Angst durch die zur selben Zeit gefällte Entscheidung über die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, inklusive des Rechts auf Freizügigkeit der EU-Bürger, noch verstärkt. Zwei Jahrzehnte später wissen wir, dass diese Bedenken unbegründet waren. Unter dem Einfluss verschiedener Faktoren – z.B. der Weltwirtschaftskrise, die von der zweiten Hälfte der 70er bis zur ersten Hälfte der 80er Jahre dauerte – sank die (Arbeits-)Migration aus den neuen Mitgliederstaaten rapide. Eher umgekehrt strömten die Rentner auf der Suche nach einem warmen Altersruhesitz in den Süden. Inzwischen sieht sich Spanien mit einem stagnierenden bzw. sogar negativem Bevölkerungswachstum konfrontiert. Als Resultat dieses demographischen Trends – und trotz der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Spanien – ist die Regierung des spanischen Ministerpräsidenten Aznar gezwungen, Arbeitskräfte aus Ländern wie Marokko, Polen und Rumänien anzuwerben, um den Arbeitskräftemangel in der Land- und Bauwirtschaft aufzufangen. Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland in weniger als einem Vierteljahrhundert. Spanien und in geringerem Umfang Portugal und Griechenland haben jedoch, teilweise infolge ihrer vollständigen Eingliederung in das Europäische Kernland der transnationalen Produktion und der internationalen Finanzmärkte nicht nur einen Prozess der sozialen und wirtschaftlichen Angleichung an die entwickelten Mitgliedsstaaten erfahren, sondern sind (infolge des gleichen Prozesses) auch neuen Problemen ausgesetzt, die mit ihrem nun erlangten politökonomischen Status als „Schwellenländer“ zusammenhängen.

Auch im Falle der bevorstehenden Erweiterung um Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn taucht wieder eine ähnliche Angst in der öffentlichen Debatte auf. Die aktuellen politischen Entwicklungen in Österreich (und auch an anderen Orten der EU) hängen mit einer (eingebildeten oder als real empfundenen) Bedrohung durch massive Migrationsströme zusammen. Dies wirft zum einen die Frage auf, ob die Entwicklungen in den neuen Bewerberländern nun ähnlich positiv verlaufen werden wie bei ihren Vorgängern aus Südeuropa.² Zum anderen ist fraglich, ob die neuen mitteleuropäischen Mit-

2 Im direkten Vergleich mit den Beitritten von Spanien, Portugal und Griechenland kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass es keinen dramatischen Anstieg der Migration von Bewerberländern in die gegenwärtigen Mitgliedsländer der EU geben wird. Langfristig werde die Zunahme der EU-Bevölkerung durch Zuwanderung 1 Prozent nicht übersteigen. Diese optimistische Prognose impliziert jedoch, dass eine volle Mitgliedschaft möglicherweise einige wesentliche Push-Faktoren (wie hohe Arbeitslosenraten, Armut) und Pull-Faktoren (große Einkommensdifferenzen zwischen den Herkunfts- und den Zielländern) beiseite räumt (Europäische Kommission, 2001).

gliedsstaaten in diesem Fall ebenso in den Genuss der Vorzüge einer vollständigen Mitgliedschaft kommen werden. Im Hauptteil dieses Artikels werde ich frühere Transformationsprozesse in Südeuropa (in den 70er und 80er Jahren) und die doppelten Transformationen – d.h. von einer Kommandowirtschaft zur freien Marktwirtschaft und von einem autoritären Regime zur parlamentarischen Demokratie – in Mittel- und Osteuropa vergleichen. Mein Argument ist, dass eine einfache Ableitung der Erfahrungen von Spanien (und Portugal und Griechenland) – deren volle Eingliederung in das Europäische Kernland der transnationalen Produktion und internationalen Finanzmärkte ein wesentlicher Faktor für den reibungslosen Übergang von Diktaturen in eine (konsolidierte) parlamentarische Demokratie gewesen ist – in die Irre führt. Denn sowohl die innenpolitischen als auch die internationalen/europäischen Rahmenbedingungen, unter denen die politischen und ökonomischen Transformationen der jeweiligen Länder Mittel- und Osteuropas stattfinden, unterscheiden sich ganz wesentlich von dem Kontext, in dem sich die Transition Südeuropas vollzog. Insbesondere werde ich mich auf die verschiedenen Elite-Strukturen in den Jahren der Transition/Transformation, die Rolle des ausländischen Kapitals und auf die Auswirkungen des Prozesses der Neoliberalisierung konzentrieren.

Beginnen werde ich mit einer kurzen theoretischen Diskussion des Konzeptes des „peripheren Kapitalismus“. Eine ganze Reihe von Autoren, die sich mit dem Thema Entwicklung/Unterentwicklung (in Europa sowie weltweit) beschäftigt haben, bezogen sich in den 70er und 80er Jahren auf Ansätze, die auf der Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie beruhten, wie sie für die Dependenz- und die Weltsystemtheorie charakteristisch ist. Heute sind diese Vorstellungen aus der Literatur so gut wie verschwunden. Sogar eine Studie über MOE, die den Begriff „Peripherie“ in der Überschrift trägt (Ivan Berends *Central and Eastern Europe 1944-1993. Detour from the periphery to the periphery*) benutzt diesen Ansatz lediglich auf eine sehr allgemeine, wenig definierte Weise. Dieser Artikel soll jedoch darlegen, dass vor allem Alain Lipietz' Konzept des peripheren Fordismus einen brauchbaren Ausgangspunkt für das Verständnis der doppelten Transformation in MOE bietet. Ausgehend von diesem Konzept und seiner Anwendung auf Südeuropa (Holman 1996) lassen sich auch die Differenzen zwischen Mittel- und Ost- bzw. Südeuropa erfassen.

1. Peripherer Fordismus

Die meiste Literatur über demokratische Transition/Transformation (sei es in Südeuropa in den 70ern, Lateinamerika in den 80ern oder Mittel- und Osteuropa in den 90ern) kann als staatszentriert und „komparatistisch“ charakterisiert werden. Einzelne Länder werden aus einer vergleichenden Perspektive

heraus analysiert, um universelle oder regionale Demokratisierungsmuster beschreiben zu können. Dabei wird eine Synchronität der Entwicklungen in verschiedenen Ländern (bzw. Ländergruppen) betont, ohne ein geeignetes *Verständnis* für diese gemeinsamen Muster politischer Entwicklung zu vermitteln. Zweitens und in Zusammenhang mit dem vorhergehenden Punkt wird gewöhnlich von den ökonomischen und sozialen Strukturen in den einzelnen Ländern (und den dort stattfindenden Veränderungen) sowie von globalen Strukturen und Entwicklungen abstrahiert. Mit anderen Worten: Zumeist wird auf den Wandel der politische Regime und der Formen des Interessenausgleichs fokussiert (z.B. erhalten politische und institutionelle Indikatoren gegenüber sozialen und ökonomischen i.d.R. Vorrang). Die Auswirkungen inter- bzw. transnationaler Prozesse auf innenpolitische Entwicklungen werden zumeist missachtet. Schließlich wird die politische Demokratie als solche als eigenständiges Ziel betrachtet, ergänzend zum Kapitalismus als Wirtschaftssystem. Dies ist natürlich vor allem in der Literatur zur doppelten Transformation in MOE offensichtlich. Häufig wird hier ein positiver Trade-off zwischen wirtschaftlicher Liberalisierung einerseits und demokratischer Konsolidierung (und somit politischer Stabilität) andererseits als gegeben angesehen.

Ein erster Blick in die Literatur über die Regime-Transformation in Südeuropa zeigt, dass nur wenige Autoren den Versuch unternehmen, über den der Mainstream-Komparatistik inhärenten staatszentrierten Ansatz (in dem einzelne Staaten implizit als geschlossene soziale Systeme, als weitgehend selbstbezogene Einheiten analysiert werden) hinauszugehen und die verschiedenen Analyseebenen in ein einheitliches theoretisches Konzept zu integrieren. Nicos Poulantzas' Untersuchung der Krise der Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland ist eine solche Ausnahme (Poulantzas 1977). Unter dem deutlichen Einfluss der Dependenz-Theorie, ohne jedoch bei einer rigiden Dichotomie von Zentrum und Peripherie stehen zu bleiben, versuchte Poulantzas die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Transformationsprozesses in ein breiteres Konzept der Klassenanalyse einzubinden – und auf diese Weise politische, ökonomische und soziale Bereiche zu integrieren. Obwohl er auf dem Primat interner Faktoren bestand, nutzte er auch Konzepte wie das der „abhängigen Industrialisierung“ und des „abhängigen Staates“. Poulantzas' Antwort auf die Frage nach interner oder externer Determiniertheit war „dass die jedem Land von ‚außen‘ gesetzten Koordinaten der imperialistischen Kette – weltumspannendes Kräfteverhältnis, Rolle dieser oder jener Großmacht usw. – auf diese Länder nur kraft ihrer Interiorisierung wirken, durch Verknüpfung mit deren jeweiligen Widersprüchen“ (Poulantzas 1977: 20). In diesem Kontext wurde „Interiorisierung“ v.a. als eine „induzierte Reproduktion“ der Widersprüche des Imperialismus verstanden. Was Poulantzas „imperialistische Kette“ und „Abhängigkeit“ nannte, waren zwei Fak-

toren, die die strukturelle, sozioökonomische und politische Modernisierung Spaniens, Portugals und Griechenlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmten. Allerdings konnten diese Länder auch nicht weiter einfach der Peripherie (nach der im internationalen System traditionellen Unterscheidung zwischen Agrar- und Industrieland, wie sie auch in der frühen Dependenztheorie gemacht wurde) zugeordnet werden. Die „neue“ Abhängigkeit, wie er es nannte, war das Resultat eines durch ausländisches, internationales Kapital generierten Industrialisierungsprozesses, in dessen Verlauf traditionelle ökonomische Organisationen und vorkapitalistische Produktionsweisen immer schneller aufgelöst wurden. Der periphere Kapitalismus in Südeuropa bedeutete abhängige Industrialisierung und implizierte einen abhängigen Staatstyp. Bevor wir jedoch zur Bedeutung des abhängigen Staatstyps für die Klassenstruktur kommen, wenden wir uns zunächst noch einem anderen (längst vergessenen) Autor zu: Alain Lipietz, der die Entwicklungen in Südeuropa mit Hilfe einer elaborierten Version des Ansatzes der abhängigen Industrialisierung zu erklären versuchte – mit dem „peripheren Fordismus“.

Poulantzas versuchte, den Prozess der Industrialisierung in Südeuropa durch eine Analyse der sich wandelnden Koordinaten der imperialistischen Kette in den späten 60ern und 70er Jahren (z.B. das sich wandelnde Verhältnis zwischen den USA und Westeuropa) zu erklären. Alain Lipietz dagegen unternahm den Versuch, eine Analyse des fordistischen Akkumulationsregimes mit den sich in den 70er und frühen 80er Jahren wandelnden Mustern der internationalen Arbeitsteilung zu kombinieren. Für Lipietz war der Fordismus wesentlich mit den sozioökonomischen Strukturen der alten industriellen Zentren verbunden, wo er in erster Linie zur Regulierung des bestehenden Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital eingeführt wurde. In Bezug auf die Ausdehnung des Fordismus auf die Länder „des Südens“ betonte Lipietz, dass deren Problem eher „die *Erzeugung* oder Etablierung von Lohnverhältnissen“ war, als die *Regulierung* solcher Verhältnisse. Im Ergebnis fand infolge der Krise des Fordismus in den Ländern des Zentrums und des anschließenden Transfers von Produktionsprozessen in die „weitere Peripherie“ (auf der Suche nach billiger Arbeitskraft) kein Transfer eines vollständigen fordistischen Akkumulationsregimes statt bzw. konnte sich dort ein fordistischer Regulationsmodus nicht etablieren. Anstelle einer weltweiten Ausbreitung des Fordismus, so Lipietz' Argument, sollte man vielmehr von der Ausweitung der *Krise* des Fordismus sprechen (Lipietz 1982). Mit anderen Worten: das gängige Konzept der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie schloss die Länder der Peripherie notwendigerweise davon aus, Strukturen der Länder des Zentrums zu adaptieren. Weil der Fordismus aus den Zentren stammte und anschließend in einige Teile der Peripherie importiert wurde, war das notwendige Resultat – der periphere Fordismus – eine nur minderwertige Kopie des Originals.

Lipietz warnte davor, die für die alte Arbeitsteilung geltenden Etiketten und insbesondere die Dichotomie Zentrum-Peripherie für eine Analyse einzelner Staaten zu nutzen. Wie Poulantzas argumentierte auch er zugunsten des „Primats der internen Ursachen“: die Grundeinheit der Analyse ist die nationale sozioökonomische Struktur, die eher für sich allein studiert werden muss als im Kontext eines einzigen Weltsystems oder „Weltakkumulationsregimes“. Lipietz schlug vor, von einer „Weltkonfiguration“ nationaler Akkumulationsregime zu sprechen. Nichtsdestoweniger fügte er hinzu, „(wenn) wir verstehen wollen, was ‚in der Peripherie‘ passiert, müssen wir mit der Untersuchung der Geschehnisse in der fortgeschrittenen kapitalistischen Welt beginnen“ (Lipietz 1987: 29f). Aber anders als die Strukturalisten unter den frühen Dependenztheoretikern sieht er in den Beziehungen innerhalb der neuen internationalen Arbeitsteilung „keine direkten Beziehungen zwischen Staaten oder Territorien, die in einem einzelnen Prozess aufgeholt haben. Es sind *Beziehungen zwischen Prozessen*, zwischen Prozessen des sozialen Kampfes und zwischen Akkumulationsregimen, die in mehr oder weniger großem Umfang nach innen oder nach außen gerichtet sind“ (ebd.: 25).

Hier begegnet uns das alte Dilemma von „interner“ versus der „externer“ Determiniertheit. „Wie kann unsere theoretische Analyse das Primat des ‚internen‘ produktiven Prozesses in den Kolonien erkennen und es mit dem ebenfalls bestimmenden ‚externen‘ Austausch oder mit anderen Abhängigkeitsbeziehungen zum kapitalistischen Zentrum in Einklang bringen oder kombinieren?“ (Frank 1979: 2f). Dieses Problem der Determiniertheit bzw. des Primats des „internen“ Produktions- und Akkumulationsmodus einerseits und der „externen“ Austauschbeziehungen und Kapitalströme andererseits ist von Lipietz klar aufgezeigt worden. Maos früher einmal häufig zitierten Satz, dass „die äußeren Ursachen als Bedingungen der Veränderung und die inneren Ursachen als deren Grundlage“ zu betrachten seien, „wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken. Bei einer entsprechenden Temperatur wird ein Ei zu einem Küken, aber keine Wärme kann einen Stein in ein Küken verwandeln; denn die Grundlage der Veränderung ist bei beiden verschieden.“ (Mao Tse Tung 1937: 32), scheint Lipietz zwar auf die nationalen sozioökonomischen Strukturen und Akkumulationsregimes des Zentrums anzuwenden, weitaus weniger jedoch auf die der Peripherie. In den Ländern des Zentrums sind externe Bedingungen den internen Klassenstrukturen und Akkumulationsregimes untergeordnet – umgekehrt aber sind in den Ländern des peripheren Fordismus interne Strukturen den globalen „Beziehungen zwischen Prozessen“ untergeordnet. Hier sind die externen Anlässe die Grundlage des Wandels, z.B. die Krise des Fordismus im Zentrum und die darauffolgende Internationalisierung der Produktion. Der den Erfolg der Implementierung des intensiven Akkumulationsregimes beeinflussende interne soziale Kampf kann alternativ dazu lediglich zu „bloody Taylorism“ oder zum peri-

pheren Fordismus führen. In diesem Fall ist es so, als verwandle eine bestimmte Temperatur einen Stein in ein behindertes Küken. Die berühmte These der „Entwicklung der Unterentwicklung“ von Andre Gunder Frank lässt sich dann eher als „Unterentwicklung der Entwicklung“ formulieren.

Lipietz' implizite analytische Unterscheidung zwischen Produktion und Akkumulation, die sich zudem auf nationale sozioökonomische Strukturen und internationale Austauschbeziehungen beschränkt, ist nicht unproblematisch. Nicht, dass Lipietz die Internationalisierung produktiven Kapitals bestreiten würde, er gibt jedoch zu Bedenken „(auch) wenn ökonomische Interessen und transnationale ideologische Zwänge Grenzen niederreißen, darf nicht vergessen werden, dass die diese Zwänge und Interessen integrierende Form immer noch der Staat ist“ (Lipietz 1987: 22). Ähnlich betrachtet er Investitionen multinationaler Unternehmen in Ländern der Peripherie und die anschließende Entstehung einer neuen internationalen Arbeitsteilung nicht einfach als Resultat organisatorischer Aktivitäten dieser Unternehmen. Vielmehr seien diese das Ergebnis von Entscheidungen der herrschenden Klassen der peripheren Länder. Daraus resultiert die Vorstellung einer Weltkonfiguration nationaler Akkumulationsregime, in der Staaten eine zentrale Rolle bei der Regulierung nationaler Akkumulationsprozesse und des sozialen Kampfes spielen. Ironischerweise bringt uns das wieder zu der klassischen, staatszentrierten Interpretation internationaler Beziehungen zurück, wie sie der Modernisierungstheorie (die der Dependenztheorie vorausging) inhärent ist. Darüber hinaus bleibt die Frage offen, warum wir dann über *peripheren* Fordismus reden sollten. Was ist daran peripher und wie (und warum) wird es peripher? Es ist hilfreich, an dieser Stelle Lipietz ausführlicher zu zitieren:

„Warum peripherer Fordismus? Zum einen handelt es sich um einen wirklichen Fordismus, da er sowohl die Mechanisierung als auch eine Kombination aus intensiver Akkumulation und einem wachsenden Markt für langlebige Konsumgüter einbezieht. Zweitens bleibt dieser insofern peripher, als dass Arbeitsplätze und Produktionsprozesse auf Facharbeiter- bzw. Ingenieurniveau immer noch hauptsächlich außerhalb dieser Länder angesiedelt sind. Seine Märkte repräsentieren eine spezifische Kombination von Konsumtion durch die lokale Mittelklasse, wobei Arbeiter aus dem fordistischen Sektor nur begrenzten Zugang zu den Konsumgütern haben, und Exporten billiger Erzeugnisse ins Zentrum. Auf diese Weise wird ein Wachstum in der gesellschaftlichen Nachfrage (d.h. in der *Welt*nachfrage) nach langlebigen Konsumgütern erwartet, dieses ist auf nationaler Ebene jedoch nicht institutionell reguliert oder mit Produktivitätssteigerungen in lokalen *fordistischen* Branchen abgestimmt“ (Lipietz 1987: 78/79).

Aus diesem Zitat lassen sich eine Reihe Schlüsse ziehen. Zunächst stellt es heraus, dass die „Beziehungen zwischen Prozessen“ in erster Linie Austauschbeziehungen zwischen nationalen Akkumulationsregimen sind. Die nachgeordnete Eingliederung von Ländern in die neue internationale Arbeitsteilung impliziert eher eine Exportorientierung als die Produktion für die heimischen Märkte. Zweitens und daraus folgend ist die Analyse der Klassenstrukturen in den Ländern der Peripherie der Analyse der imperialistischen Strukturen, hier als neue internationale Arbeitsteilung vorgestellt, untergeordnet. Mit anderen

Worten: Lipietz' Analyse des sozialen Kampfes und des Akkumulationsregimes in einem einzelnen Land der Peripherie ist eingebettet in seine Analyse der Beziehungen zwischen Prozessen, d.h. der imperialistischen Strukturen asymmetrischer Abhängigkeiten im Bereich des internationalen Handels. In der Konsequenz, und drittens, zwingen ihn die groben Verallgemeinerungen in Bezug auf den peripheren Fordismus, die Positionen Spaniens, Portugals und Griechenlands einerseits und die der lateinamerikanischen „Newly Industrialising Countries“ (NICs) andererseits innerhalb der neuen internationalen Arbeitsteilung als gleichrangig zu behandeln.

Diese Tendenz, Besonderheiten im Raum-Zeit-Gefüge aus dem Weg zu theoretisieren, wird vor allem bei einer näheren Betrachtung von Lipietz' Analyse des demokratischen Transitionsprozesses in Südeuropa problematisch. Für ihn haben „die gleichen ökonomischen Gründe (das Heranreifen des peripheren Fordismus) in den frühen NICs (Südeuropas) und – zehn Jahre später – in den NICs der 70er“ die gleichen Effekte (Lipietz 1987: 114). Was die Anwendung des Konzeptes einer „inneren“ Bourgeoisie für die Erklärung der Entwicklungen sowohl in den frühen NICs als auch in denen der 70er Jahre betrifft, scheint Lipietz von Poulantzas inspiriert worden zu sein. Die Entstehung dieser inneren Bourgeoisie fiel mit der Internationalisierung des Kapitals, v.a. mit der neuen internationalen Arbeitsteilung, zusammen und resultierte im Aufkommen eines „neuen sozialen Blocks“ (zusammengesetzt aus der inneren Bourgeoisie, einem neuen Kleinbürgertum und einer neuen Arbeiterklasse), der „notwendigerweise nach demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten strebte, wie sie in den meisten hochentwickelten Industrieländern anzutreffen sind“ (Lipietz 1987: 115). Mit anderen Worten: die Krise der autoritären Systeme und die anschließende dritte Welle der Demokratisierung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts (Huntington 1991) sind kausal verknüpft mit dem Aufkommen einer emanzipatorischen Koalition aus sozialen Kräften infolge einer fordistischen Restrukturierung. Allerdings kann Lipietz' Verallgemeinerung die offensichtlichen Unterschiede zwischen Südeuropa und Lateinamerika hinsichtlich ihrer politischen Entwicklung in den anschließenden Phasen der demokratischen Transition und Konsolidierung nicht erklären. Warum beispielsweise hat sich in Spanien, Portugal und Griechenland eine politische Demokratie konsolidiert, während sie in Ländern wie Argentinien und Brasilien hochgradig instabil geblieben ist?

Diese Frage hängt mit einigen bereits oben aufgeworfenen Fragen zusammen: Warum nimmt die Internationalisierung des fordistischen Akkumulationsregimes die Form einer neuen Peripherisierung bestimmter Länder(gruppen) an? Warum akzeptieren die sozialen und politischen Eliten dieser Länder solch eine abhängige Eingliederung in die neue Arbeitsteilung? Wie kommt es, dass dieser neue, emanzipatorische soziale Block nicht in der Lage ist, erfolgreich eine gleichberechtigtere Position innerhalb dieser neuen Arbeitstei-

lung einzufordern? Mehr (Poulantzas) oder weniger (Lipietz) explizit findet sich die Antwort auf diese Fragen in der dominanten Position der „Kompradoren-Bourgeoisie“, die definiert ist als diejenige Fraktion, „deren Interessen gänzlich denen des ausländischen Kapitals unterliegen und die gleichsam als direkter Vermittler für die Festsetzung und die Reproduktion dieses Kapitals fungiert“ (Poulantzas 1977: 38). Der periphere Fordismus ist dann das Resultat der Beziehungen zwischen Prozessen des sozialen Kampfes in Zentrum und Peripherie, die zum einen durch ungleiche Handelsbeziehungen, zum anderen durch eine dominierende Kompradoren-Bourgeoisie in den herrschenden Blöcken der Peripherie miteinander verbunden sind. In der Machtachse *neue Arbeiter- und neue Mittelklasse - innere (Industrie-)Bourgeoisie - Kompradorenbourgeoisie - ausländisches Kapital* ordnen die beiden letztgenannten „schließlich“ die anderen Fraktionen des neuen sozialen Blocks ihren Partikularinteressen unter. Es bleibt jedoch unklar, wie dieses theoretische Konstrukt in Bezug auf die Analyse des Untergangs der Diktaturen z.B. in Südeuropa funktioniert. Sowohl Poulantzas als auch Lipietz haben Schwierigkeiten zu erklären, warum die (temporäre?) Machtübernahme der inneren Bourgeoisie die Interessen der Kompradoren-Bourgeoisie beeinträchtigt, während diese doch gleichzeitig unter der Hegemonie eben dieser Kompradoren-Bourgeoisie stattfindet.³ Darüber hinaus tendieren beide Autoren dazu, ihre Konzepte eher großzügig anzuwenden und dabei Schlüsselaspekte der spezifischen historischen Situationen dieser Länder zu ignorieren. Dies kann beispielhaft anhand von Poulantzas' Identifizierung der Kompradoren-Bourgeoisie in Spanien illustriert werden.

Für Poulantzas kann das Bankkapital als die Fraktion identifiziert werden, deren Interessen vollständig denen des ausländischen Kapitals untergeordnet sind. Da er diese Behauptung nicht erhärtet, können wir daraus nur schließen, dass er mehr über das Konzept der Kompradoren-Bourgeoisie als über das spanische Bankkapital erklärt. Studien zur Rolle des spanischen Bankwesens bei der Entwicklung des Kapitalismus haben reichlich belegen können, dass die sogenannte „*oligarquía financiera*“ ihre Position als Bastion des spanischen Kapitalismus lange vor dem massiven Eindringen ausländischen Kapitals in den 60er Jahren inne hatte (Muñoz 1970; Roldán et al. 1973). Statt als Agent ausländischen (amerikanischen) Kapitals zu funktionieren, nutzte das spanische Bankkapital in den 60er und 70er Jahren Kooperationen mit

3 Poulantzas ist an diesem Punkt noch einmal expliziter. Die innere Bourgeoisie, so argumentiert er, ist dem herrschenden Block des ausländischen und des Kompradorenkapitals strukturell untergeordnet, versucht dieser Dominanz jedoch zunehmend zu entfliehen, indem sie eine Allianz mit der Arbeiterbewegung eingeht. Der Fall der Diktaturen in Südeuropa ist so das Ergebnis einer Krise des Machtgefüges, die die Position der als Hauptunterstützer des autoritären Regimes fungierenden Kompradoren-Bourgeoisie schwächte. Die innere Bourgeoisie andererseits konnte ihre Position wieder stärken, indem sie gemeinsam mit den Volkskräften für die demokratische Transition eintrat.

ausländischem Kapital zu seinen eigenen Gunsten. Es stärkte seine dominante Position innerhalb der spanischen Wirtschaft, indem es eine eigene industrielle Basis schuf. Tatsächlich war es diese Kooperation, die den Import moderner Technologie, die Einführung neuer Formen industrieller Organisation, einen substantiellen Anstieg der Produktivität und der Anzahl an Fabriken, die zunehmende Urbanisierung und die nachfolgende Ausdehnung des Inlandsmarktes sowie die Einführung neuer produktiver Aktivitäten und Wirtschaftsbereiche ermöglichte. All diese wirtschaftlichen Verbesserungen wären ohne ausländisches Kapital und ausländische Technologie nicht möglich gewesen (Muñoz et al. 1978: 268/269). In diesem Kontext waren die Interessen des ausländischen Kapitals und des spanischen Bürgertums insgesamt durchaus komplementär und die Konflikte zwischen ihnen nur von sekundärer Bedeutung.

Mit anderen Worten: Als das Franco-Regime sich mit dem Stabilisierungsplan von 1959 zugunsten der Liberalisierung der Wirtschaft entschied, existierte bereits eine genuin nationale Bourgeoisie, die eng mit dem Staatsapparat verbunden war. Ausländisches Kapital spielte eine entscheidende Rolle bei der Modernisierung und Industrialisierung der Wirtschaft, ohne jedoch eine dominante Rolle gegenüber dem nationalen Bürgertum (insbesondere gegenüber dem spanischen Bankkapital) zu erlangen oder direkten politischen Einfluss auf das Franco-Regime ausüben zu können. Die Internationalisierung der spanischen Ökonomie zwischen 1960 und 1970 (inkl. des Einflusses der ausländischen Direktinvestitionen, der Abhängigkeit von ausländischer Technologie und des steigenden Anteils des Außenhandels am Bruttosozialprodukt) war entscheidend für eine anhaltende industrielle Entwicklung. Die Öffnung zum Weltmarkt war jedoch vor allem auch das Ergebnis einer inneren Dynamik der spanischen Wirtschaft im Interesse des nationalen Bürgertums und sicherlich nicht allein das Ergebnis eines unilateralen Drucks seitens des ausländischen Kapitals. Ähnlich schwierig ist Poulantzas' Interpretation der Krise und des Falls der spanischen Diktatur als Resultat eines Konfliktes zwischen einer inländischen und einer Kompradoren-Bourgeoisie zu akzeptieren. Auch hier zeigen historische Dokumente, dass das spanische Bankkapital noch vor Francos Tod 1975 eine aktive Rolle in der Vorbereitung einer demokratischen Transition spielte (Holman 1995a).

2. Das spanische Wunder

Aus dem gerade Beschriebenen lässt sich schlussfolgern, dass weder Poulantzas' Konzept der abhängigen Industrialisierung noch Lipietz' Ansatz des peripheren Fordismus problemlos auf Prozesse sozioökonomischer Modernisierung und demokratischer Transition in einem Land wie Spanien (oder Portugal oder Griechenland) anwendbar ist. Beide Autoren haben sich stark auf

Erkenntnisse einer Entwicklungstheorie gestützt, die ursprünglich zur Erklärung der Prozesse in Lateinamerika aufgestellt worden war. Und beide Autoren verzichten auf eine empirische Überprüfung ihrer – obgleich modifizierten – Version der Dependenztheorie für Südeuropa. Dies bringt uns zurück zum Thema dieses Artikels: zum Vergleich zwischen Südeuropa und Mittel- und Osteuropa. Während die Anwendbarkeit der Dependenztheorie auf die lateinamerikanischen Länder wenig fragwürdig ist, ist es durchaus berechtigt zu fragen, ob die doppelte Transformation in MOE mit dem Konzept der Peripherisierung verstanden werden kann. Fraglich bleibt auch, ob Ansätze wie die abhängige Industrialisierung und/oder der periphere Fordismus auf Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn anwendbar sind. Die relevantere politische Frage ist natürlich, ob die neuen Demokratien in MOE dem lateinamerikanischen Weg der Eingliederung in die internationale Kreditwirtschaft (inkl. einer fortschreitenden sozialen und politischen Instabilität) folgen werden oder ob sie die erfolgreiche Integration Südeuropas in das Europäische Kernland der transnationalen Produktion und internationalen Finanzmärkte (und die begleitende Stabilisierung des jeweiligen politischen Systems) kopieren werden. Bevor diese Frage beantwortet werden kann, müssen wir zunächst noch einmal die Erfolgsgeschichte Südeuropas (aus der Perspektive kapitalistischer Demokratien) im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts betrachten.

Wie in der Einleitung angedeutet, haben die neuen Märkte Südeuropas hinsichtlich der Migrationsströme mehr Pull- als Push-Faktoren erzeugt. Aber dies ist sicherlich nicht die einzige (und am wenigsten zweideutige) Illustration des südeuropäischen „Wunders“. Wenn wir uns auf das am deutlichsten entwickelte dieser drei Länder konzentrieren, auf Spanien, fallen folgende Merkmale ins Auge.

Vor noch nicht so langer Zeit waren eine starke Selbstbezogenheit und antiquierte Strukturen zentrale Merkmale der spanischen Wirtschaft; heute gehört spanisches Kapital zum dynamischsten und expansivsten in Europa. Vom Bankwesen bis zur Hotelindustrie – die spanische Wirtschaft hat über Auslandsakquisitionen, (Überkreuz)Beteiligungen, produktive Investitionen und Handel ihren Weg in die anderen europäischen Ökonomien hinein gefunden. Diese Auslandsexpansion des spanischen Kapitals wird noch spektakulärer, bezieht man die spanischen Direktinvestitionen in Lateinamerika mit ein. Was inzwischen auch als spanische *reconquista* bezeichnet wird (um anzudeuten, dass nicht wenige Teile der Bevölkerung Lateinamerikas diesem Wiedereintritt spanischen Kapitals in ihre Länder mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen) ist nichts weniger als eine massive Übernahme strategischer Bereiche wie Bankwesen (Santander Central Hispano, BBVA), Telekommunikation (Telefónica) oder die Ölbranche (Repsol) durch spanische Banken und Unternehmen. Spanien ist zum größten ausländischen Investor in Lateiname-

rika aufgestiegen und ein zunehmender Anteil der Nettoprofite der spanischen Unternehmen entstammt ihren Aktivitäten in den früheren Kolonien (Durán 1999). Dieser Prozess nach außen gerichteter Transnationalisierung ist dabei nicht auf Spanien bzw. spanisches Kapital begrenzt. Auch die portugiesische und griechische Wirtschaft orientieren sich zunehmend ins Ausland, wie der Anstieg von Direktinvestitionen u.a. in Brasilien und auf dem Balkan belegt. Dieses noch junge Phänomen verweist auf einen wesentlichen Aspekt des südeuropäischen Kapitalismus: die Internationalisierung des Kapitals in Spanien, Portugal und Griechenland ist nicht mehr ein einseitig ausgerichteter Prozess wie in den 60er und 70er Jahren, als ausländische Unternehmen stark in diese drei Länder investierten. Das Heranreifen des südeuropäischen Kapitalismus – das durch die Transnationalisierung des Kapitals in diesen Ländern symbolisiert wird – geht mit der Eingliederung der jeweiligen kapitalistischen Eliten in transnationale Unternehmensnetzwerke sowie in formelle und informelle politische Themensetzungs-, Beratungs- und Entscheidungsstrukturen einher. Dieser Prozess ist dabei Teil eines weitaus umfassenderen Prozesses transnationaler Klassenbildung (Van der Pijl 1984). Die expansiven Unternehmensstrategien, die in Spanien, Portugal und Griechenland entstanden sind, tragen mitunter sogar imperialistische Züge, wie die jüngste Erpressungsstrategie der spanischen Banken und Unternehmen in der Argentinienkrise gezeigt hat.

Zweitens nähert sich Spanien den entwickelteren Mitgliedsstaaten der EU mit großer Geschwindigkeit an. Im Beitrittsjahr (1986) lag Spaniens Bruttosozialprodukt pro Kopf noch bei 70 Prozent des EU-Durchschnitts – Ende der 90er lag es bereits bei 81,1 Prozent. Der Aufholprozess ist insbesondere auf die überdurchschnittlichen Wachstumsraten der spanischen Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 80er und der zweiten Hälfte der 90er Jahre zurückzuführen. Auch hinsichtlich der Regionalentwicklung konnte eine wesentliche Annäherung an den Rest der EU erreicht werden. Gegenwärtig erzielen drei spanische Regionen – Madrid, Katalonien und Navarra – ein überdurchschnittliches regionales Sozialprodukt (Europäische Kommission 2001; *El País* vom 5. Mai 2000 nennt zusätzlich La Rioja und die Balearen). Teilweise infolge dieser Annäherung sanken im Laufe der 90er Jahre die Arbeitslosenraten erheblich unter das Allzeithoch von rund 25 Prozent, das noch Anfang der 90er Jahre bestanden hatte. Die Erfüllung der Kriterien zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion bildete schließlich den Abschluss des erfolgreichen spanischen Konvergenzprozesses.

Anhand dieser Indikatoren lassen sich sehr grob die Wege nachzeichnen, auf denen den drei südeuropäischen Ländern die Restrukturierung und Modernisierung ihrer Ökonomien gelang. Und auf denen sie es tatsächlich geschafft haben, den allgemeinen Wohlstand für ihre Bevölkerung zu steigern, u.a. infolge der Einführung neuer wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen und neuer

Methoden sozioökonomischer Regulierung in den 70er und 80er Jahren. Dies wiederum hat signifikant zur Stabilisierung in der Region beigetragen, wie die relative Ruhe belegt, mit der ein Land wie Spanien durch die krisengeschüttelten frühen 90er Jahre ging. Obwohl es schwierig ist, dies stichhaltig zu beweisen, ist klar, dass der südeuropäische Weg hin zu politischer und sozialer Stabilität und zu wirtschaftlichem Wohlstand (auch hier wieder im Kontext kapitalistischer Demokratien und relativ zu betrachten) mit einer externen Disziplin zusammenhängt, die den jeweiligen Regierungen im Laufe des Prozesses der Europäischen Integration aufgezwungen wurde. Anders ausgedrückt: Die Bedingungen für eine Mitgliedschaft und – einmal Mitglied – die Konvergenzkriterien für die Teilnahme an Binnenmarkt und Währungsunion spielten eine große Rolle in der Disziplinierung der Regierungen und in der Legitimierung ansonsten schwer zu verkräftender sozioökonomischer Regulierungsmaßnahmen.

Es ist diese disziplinierende Natur der internationalen Integration, die Claus Offe im Sinn hatte, als er (bereits 1991) die Auswirkungen der (zukünftigen) EU-Mitgliedschaft auf die politische und ökonomische Modernisierung in Mittel- und Osteuropa diskutierte. Aber Offe ging sogar einen Schritt weiter, indem er folgenden Zusammenhang unterstellte:

„Der einzige Umstand, unter dem Marktwirtschaft und Demokratie gleichermaßen gut implementiert werden können ist derjenige, in dem beide durch eine Gesellschaft außerhalb aufgezwungen und durch internationale Beziehungen der Abhängigkeit und Überwachung über einen langen Zeitraum garantiert werden“ (Offe 1991: 874).

Kurz, der Erfolg der doppelten Transformation ist abhängig von effektivem, externem Druck (und steht nicht einfach nur in Zusammenhang damit). Es ist diese Art internationaler Paternalismus, der den Kern der Erweiterungsstrategie der EU gegenüber Mittel- und Osteuropa ausmacht. Oft wird angenommen, dass die für einen Beitritt notwendige sozioökonomische und politisch-juristische Regulierung Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität in der Region positiv beeinflussen wird – oder sogar die Garantie dafür ist. Um diesem Argument zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, wird implizit oder explizit auf die relativ erfolgreich verlaufene Eingliederung Südeuropas verwiesen.

Solch eine historische Parallele zu ziehen, ist aber aus zweierlei Gründen falsch. Zunächst unterscheidet sich der Ausgangspunkt der neuen mitteleuropäischen Demokratien im Jahr 1989 fundamental von dem Spaniens, Portugals und Griechenlands in den Jahren 1974-75. Zweitens war der internationale und europäische Kontext der politischen Transition ganz wesentlich verschieden von dem der politischen und ökonomischen Transformation heute. Im nächsten Abschnitt wird es daher um diese Differenzen gehen.

3. Transition und Transformation: ein ungeeigneter Vergleich

Auf einem abstrakteren Niveau lassen sich die Unterschiede zwischen den beiden Regionen unter Heranziehung unserer früheren Unterscheidung zwischen Transition und Transformation begreifen (Holman 1995b: 137). Während der erste Prozess sich auf die formalen institutionellen Veränderungen bezieht, die für die *Errichtung* von Marktwirtschaft und Demokratie notwendig sind, bezieht sich der zweite Prozess zudem auf den erforderlichen Wandel von Strukturen und Verhaltensweisen, der für das *Funktionieren* des neuen Systems gemäß der Regeln und Regulierungen einer Demokratie und Marktwirtschaft notwendig ist. Abgesehen von der Tatsache, dass es viel leichter ist, eine Transition zu beschreiben und das Ende eines Transitionsprozesses zu bestimmen, soll hier nochmals betont werden, dass mittel- und osteuropäische Länder (und deren jeweilige Bevölkerungen) gerade eine *doppelte Transformation* durchlaufen.

Mit anderen Worten: es ist die Konkurrenz der politischen und der ökonomischen Transformation, die den Wandel in MOE zu einem derart komplexen Prozess macht. Worauf dieser in Bezug auf den Wandel der Strukturen und Verhaltensweisen hinauslaufen wird, ist daher schwierig vorherzusagen. In diesem Kontext ist es wichtig zu beachten, dass eine lineare und kausale Beziehung zwischen kapitalistischer Demokratie und politischer Demokratisierung, wie sie von Politikern und ihren ökonomischen Beratern oft als gegeben angenommen wird, in Wirklichkeit nicht existiert. Beide Prozesse sind lediglich durch einen dazwischen liegenden Prozess sozialer Transformation miteinander verknüpft. Oder, um es anders auszudrücken, ökonomische und politische Transformationen sind eingebettet in einen umfassenderen Prozess der sozialen Transformation, z.B. in eine sich verändernde Machtverteilung zwischen Klassen und Teilen von Klassen (Rueschemeyer et al. 1992: 5). Sowohl der spezifische Charakter als auch die Richtung der ökonomischen Transformation wird Auswirkungen auf diese Machtverteilung und auf die zugrunde liegenden Muster der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit haben. In ähnlicher Weise werden sich zudem Veränderungen im sozialen Zusammenhalt – oder abstrakter: wird sich das Ausmaß, in dem eine dominierende Klasse „andere Vorstellungen von der Welt derart artikulieren kann, dass dadurch ihr potenzieller Gegner neutralisiert wird“ (Laclau 1977: 161) – auf die politische Transformation auswirken. Konkret, je mehr Ungleichheit und soziale Krisen die ökonomische Transformation hervorbringt, desto weniger wahrscheinlich ist die Konsolidierung einer stabilen Demokratie.

Der Hauptunterschied zwischen Südeuropa und Mittel- und Osteuropa ist, dass die Länder des Südens bereits eine lange Periode der ökonomischen Modernisierung auf privatwirtschaftlicher Grundlage durchlaufen hatten, bevor die demokratische Transformation in Gang kam (ein Prozess, der auch

bereits vor der aktuellen Transition von 1974/75 gut anliefe; vgl. Holman 1996). Private Banken waren – zusammen mit dem Staat – die Hauptinitiatoren der frühen Industrialisierungsprozesse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wie oben angedeutet wurde durch die Öffnung der jeweiligen Ökonomien in den späten 50ern und frühen 60ern Jahren und den darauf folgenden Zustrom ausländischen Kapitals das nationale Kapital nicht verdrängt. Die neuen ausländischen Unternehmen spielten eine komplementäre Rolle und die produktive Symbiose zwischen nationalem und ausländischem Kapital stellte einen wesentlichen Faktor für die beispiellose sozioökonomische Modernisierung der Region in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Als eine direkte Konsequenz der spezifischen Natur der kapitalistischen Modernisierung in Südeuropa – insbesondere der dabei entstandenen Privateigentumsstrukturen – verblieben sowohl vor als auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union die meisten der strategischen Sektoren dieser Länder und mit ihnen wesentliche Teile der wirtschaftlichen Entscheidungskompetenzen in nationaler Hand. Und wie wir gesehen haben, bereitete dies den fruchtbaren Boden für die anschließende Transnationalisierung des spanischen (und in geringerem Umfang auch des portugiesischen und griechischen) Kapitals.

Im Falle Mittel- und Osteuropas folgte auf die Revolutionen von 1989 schnell die vergleichsweise radikale Privatisierung der ehemals staatseigenen Betriebe und Banken, allerdings ohne dass es gleichzeitig einen adäquaten Bestand inländischen privaten Kapitals gegeben hätte. Es wird daher argumentiert, dass der Prozess der ökonomischen Transformation in MOE der Einführung eines „Kapitalismus ohne Kapitalisten“ gleichkomme. Die sich herausbildende Sozialstruktur der Periode nach 1989 sei durch „die Abwesenheit einer kapitalistischen Klasse“ oder das Fehlen einer „organisierten Gruppe von Großkapitalisten“ gekennzeichnet. In den Worten von Gil Eyal et al. „setzt sich die neue Machtelite des Postkommunismus nicht aus Eigentümern, sondern eher aus einer technokratischen Managerelite und einer neuen ‚Politokratie‘ als dominierender Fraktion und einer Elite humanistischer und sozialwissenschaftlicher Intellektueller als dominierter Fraktion zusammen“ (Eyal/Szelényi/Townsley 1997: 61). Der Gedanke, dass diese neue Machtelite sich nicht gegen eine begüterte, aufstrebende Bourgeoisie durchsetzen musste, wie die Autoren behaupten, kann aus verschiedenen Gründen kritisiert werden.

Erstens zeigt ein näherer Blick auf den Privatisierungsprozess in MOE, dass es so etwas wie die Einführung des „Kapitalismus ohne Kapitalisten“ nicht gab. Ein großer Teil der früheren staatseigenen Betriebe wurde an ausländische Investoren verkauft. Und es ist ausländisches Kapital – und die quasi-staatlichen Strukturen und Kader auf der supranationalen Ebene, die mit ihm organisch verbunden sind – das eine wesentliche Rolle in der *transnationalen*

Klassenbildung in Mittel- und Osteuropa spielt (zum Verhältnis zwischen dem transnationalen Kapital und den Mehrebenen-Entscheidungsstrukturen innerhalb der EU vgl. Holman 2001). Die neue Machtelite, die sich seit 1989 in MOE herausgebildet hat, ist hier auch nicht so stark um eine mit Besitz ausgestattete Kompradoren-Bourgeoisie herum organisiert – wie Poulantzas es gern hätte – sondern um eine Managerelite (Böröcz 1997), deren Interessen denen des ausländischen Kapitals vollständig untergeordnet sind und die als eine Art Zwischenstation für die Implementation und Reproduktion des ausländischen Kapitals in diesen Ländern funktioniert.

Zweitens zielen die ausländischen Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa zuvorderst auf die attraktivsten und meist strategisch bedeutenden Industriezweige und Dienstleistungen wie Banken, Telekommunikation und öffentliche Einrichtungen ab. Man könnte dagegenhalten, dass in Zeiten der Globalisierung das Konzept der „strategischen Sektoren“ obsolet geworden sei. Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit sollten gegenüber der Nationalität hervorgehoben werden. Das mag wahr sein, gilt allerdings nur in Gesellschaften, in denen Globalisierung keine Gefahr für die neue ökonomische Sicherheit darstellt (z.B. weil Zuflüsse von Gütern und Kapital durch Abflüsse von Geld und Kapital mehr als ausgeglichen werden). In MOE jedoch hat der massive Ausverkauf der „Perlen“ des früheren Staatssektors die Fremdabhängigkeit erhöht und die strategische Entscheidungsbefugnis einseitig in Richtung der Vorstandsetagen ausländischer Unternehmen verlagert. Dies wiederum hatte (und hat) einen bedeutenden Einfluss auf die Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt.

Drittens wird die entscheidende Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen hinsichtlich der Transformation der Ökonomien in MOE durch den rigorosen „Regime-Wettbewerb“ zwischen den jeweiligen Regierungen wiedergespiegelt, der den unverhältnismäßigen politischen Einfluss transnationalen Kapitals noch einmal steigert. Mit anderen Worten, die nationalen Regierungen in MOE werden den Politiken anderer Regierungen in der Region und den Investitionsentscheidungen des transnationalen Kapitals, der sogenannten strukturellen Macht des Kapitals, unterworfen (Gill 1990: 112ff). Man könnte hier argumentieren, dass den neuen demokratischen Regierungen in MOE nicht viel mehr übrig bleibt, als sich auf ausländische Direktinvestitionen zu verlassen und dass auch deren positive Auswirkungen auf Prozesse der ökonomischen Modernisierung in Betracht gezogen werden müssen. Das ist wohl richtig, Fakt bleibt jedoch, dass die „internationalen Beziehungen der Abhängigkeit und Kontrolle“ (um das oben genannte Zitat von Offe noch einmal zu verwenden) sich unversehens in eine Schlinge um den Hals der Länder Mittel- und Osteuropas verwandeln können. Und konsequenterweise auch in soziale und politische Opposition münden, wie die jüngsten Entwicklungen in Polen gezeigt haben.

4. Der internationale Kontext

Eine zweiter großer Unterschied zum Ausgangspunkt der südeuropäischen Länder am Vorabend des Beitritts zur EU (sagen wir zwischen 1974/75 und 1986) ist der internationale (und europäische) Kontext, der sich in den 90er Jahren und danach dramatisch geändert hat. Zwei Aspekte müssen hier besonders beachtet werden.

Zunächst fällt die doppelte Transformation der Länder Mittel- und Osteuropas zusammen mit einer Phase beispielloser Liberalisierung und Globalisierung ökonomischer Strukturen. Diese Entwicklung geht unter anderem einher mit einem Reorganisations-Wettkampf zwischen nationalen und transnationalen Unternehmen und einem ungezügelter Politikwettbewerb zwischen nationalen (und regionalen/lokalen) Regierungen, der auf die stetige Optimierung der makroökonomischen Infrastrukturen für die transnationalen Unternehmen abzielt. In der Europäischen Union haben diese „Internationalisierung der Sparmaßnahmen“ (Holman 1992) und die jüngeren Programme zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu einer teilweisen Demontage sozialstaatlicher Arrangements geführt. In ähnlicher Weise sind nun auch die neuen Akteure in MOE mit dem disziplinierenden Effekt der globalen Finanzmärkte und der Mobilität des transnationalen Business konfrontiert. Die strenge Anpassungspolitik in diesen Ländern ist dabei unvereinbar mit dem Aufbau eines Netzes der sozialen Sicherung für weite Teile ihrer jeweiligen Bevölkerungen. Mit anderen Worten: der spezifische Charakter der ökonomischen Transformation führt zu dem, was der ungarische Politikwissenschaftler Attila Agh die „neue soziale Krise“ in MOE genannt hat: zu einer drastischen Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen (sinkende Reallöhne, rapide steigende Arbeitslosenraten, sinkende Lebenserwartung, dramatische Zunahme der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen); zu einer Verschärfung der sozialen Polarisierung, z.B. zum sich vertiefenden Graben zwischen Gewinnern und Verlierern der doppelten Transformation und nicht zuletzt zu einer psychologischen Krise infolge der radikalen ökonomischen und sozialen Veränderungen (Agh 1998: 56/57). Zwar hat die Weltbank ähnliche Entwicklungen beobachtet, ist jedoch der Ansicht, dass

„eine größere Ungleichheit bei Löhnen, Einkommen und Wohlstand – bis zu einem gewissen Grad – ein notwendiger Teil der Transition ist. Auf dem Markt gebildete Löhne schaffen Anreize zur Effizienz, die für eine erfolgreiche Reform von wesentlicher Bedeutung sind. Effizientere Arbeiter müssen für ihren Beitrag zum Wachstum belohnt werden. Sicherlich kann eine steigende Ungleichheit kurzfristig Armut hervorbringen, weil einige Menschen (...) unvermeidlich mehr als andere profitieren. Dennoch werden die ‚Verlierer‘ nicht notwendigerweise in die Armut gezwungen. Dies ist vielmehr von der Restrukturierung der Systeme sozialer Sicherung durch die jeweiligen Regierungen abhängig, die eine effektive Absicherung gegen Armut gewährleisten sollen“ (Weltbank 1996: 66).

Unerwähnt bleibt allerdings, dass die Regierungen in MOE in Bezug auf eine wie auch immer geartete „Restrukturierung ihrer sozialen Sicherungssysteme“

keinerlei Autonomie haben – und zwar gerade wegen der strengen Restriktionen, die ihnen durch internationale Organisationen wie Weltbank und IWF als Gegenleistung für die finanzielle Unterstützung bei Refinanzierung und Restrukturierung sowie als Bedingung zum Abbau des Schuldenberges der Region auferlegt werden.

Im Falle Spaniens, Portugals und (sogar) Griechenlands spielte die Auslandsverschuldung im Demokratisierungsprozess eine relativ unbedeutende Rolle. Die noch instabilen Demokratien waren daher mit Konsequenzen von Missmanagement während der früheren Periode viel weniger belastet. Darüber hinaus fand die politische Transition in Südeuropa in einer Zeit statt, in der keynesianisches Krisenmanagement noch nicht völlig durch den neoliberalen Zeitgeist der 80er und 90er Jahre abgelöst worden war. Es ist nicht ohne Tragweite, dass die ersten demokratischen Regierungen z.B. in Spanien in der Lage waren, die ökonomische Restrukturierung und Anpassung zurückzustellen und sich ganz auf die politische Transition zu konzentrieren (d.h. es ging ihnen v.a. um die Herstellung eines optimalen politischen und sozialen Konsenses).

An zweiter Stelle muss betont werden, dass die viel gefeierte „Rückkehr nach Europa“ der Länder Mittel- und Osteuropas – z.B. der mögliche Beitritt einiger dieser Länder zur EU – einen viel radikaleren Prozess darstellt als die Erweiterung um Spanien, Portugal und Griechenland. Zwar ist richtig, dass der wechselseitige Zusammenhang zwischen Vertiefung und Erweiterung kein neues Phänomen in der Geschichte der EU ist. Aber der aktuelle Graben zwischen den Anforderungen an eine Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion einerseits und der ökonomischen Leistungsfähigkeit und Effizienz der Beitrittskandidaten aus MOE andererseits ist bisher beispiellos. Zudem haben Spanien, Portugal und Griechenland die ausgedehnte Neukonzipierung der Europäischen Integration (z.B. die Vollendung des Binnenmarktes und die Bildung der Währungsunion) weitgehend als EU-Mitglieder erlebt. D.h. sie waren am Diskussions- und Entscheidungsprozess kritischer Fragen beteiligt und wurden dafür in finanzieller Hinsicht rückhaltlos entschädigt.⁴

5. Erweiterung versus Kohäsion

Auf den ersten Blick kamen/kommen beide Regionen (d.h. Südeuropa und Mittel- und Osteuropa) für finanzielle Hilfe und technische Unterstützung bei der Vorbereitung einer vollen Mitgliedschaft in Frage. Und in beiden Fäl-

4 Darüber hinaus ist eine Annäherung an den Rest der EU-Mitgliedsstaaten für ein Land wie Polen – mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf von weniger als 40% des EU-Durchschnitts – sehr viel schwieriger als sie z. B. für Spanien war, das 1986 bereits ein BSP pro Kopf von 70% des EU-Durchschnitts aufwies (Europäische Kommission 2001).

len lief bzw. läuft dies auf symbolischen Beistand, v.a. auf finanzielle Anreize zur Selbsthilfe, hinaus. Bei näherem Hinsehen bietet sich jedoch ein anderes Bild. Spanien, Portugal und Griechenland konnten ganz beträchtlich von der ersten großen Reform des Strukturfonds Ende der 80er Jahre profitieren, die explizit auf die Vollendung des Binnenmarktes angelegt war. Davon abgesehen war es Spanien, das erfolgreich einen zusätzlichen Kohäsionsfonds als Zusatzleistung für die Zustimmung zu einer weiteren Vertiefung des Prozesses der Wirtschafts- und Währungsintegration einforderte. Infolgedessen erhielt Spanien zwischen 1994 und 1999 insgesamt 43 Milliarden Ecu aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds der EU (Portugal und Griechenland erhielten jeweils rund 18 Milliarden Ecu; Holman 1999: 95). Diese Geldsumme steht in scharfem Gegensatz zu den mageren 7 Milliarden Ecu, die für die gesamte Region Mittel- und Osteuropa für den gleichen Zeitraum vorgesehen war. Kurz, Spanien, Portugal und Griechenland partizipierten während der vergangenen 20 Jahre aktiv am Prozess der Vertiefung der Europäischen Integration und wurden dafür großzügig (und teilweise aufgrund eigener Anstrengungen) belohnt. Die EU-Kandidaten in MOE dagegen müssen zwar ähnliche Kriterien erfüllen, um Teil des Binnenmarktes und der Europäischen Währungsunion zu werden, starten jedoch von weitaus schwierigeren Positionen aus, ohne dabei von ähnlichen finanziellen Unterstützungsmechanismen profitieren zu können (die jüngste jährliche Aufstockung der Finanzhilfen für die Bewerberstaaten, wie sie im März 1999 bewilligt wurde, ist immer noch sehr begrenzt im Vergleich mit den Summen, die für die sogenannten Kohäsionsländer Spanien, Portugal, Griechenland und Irland im Finanzplan 2000-2006 vorgesehen werden). Tatsächlich scheint es, dass die gegenwärtigen EU-Mitgliedsstaaten existierende Mechanismen der finanziellen Solidarität – z.B. die gemeinsame Agrarpolitik und den Struktur- und Kohäsionsfonds – (teilweise) demontieren werden, um eine in Folge der Erweiterung befürchtete einseitige finanzielle Belastung für die Geberländer zu verhindern. Sollten sie damit durchkommen, wird dies die Leistungsfähigkeit der Kandidatenstaaten in Bezug auf die „Restrukturierung ihrer Systeme der sozialen Sicherung“ weiter einschränken.

Abgesehen von den begrenzten finanziellen Kapazitäten, mit denen die EU in Mittel- und Osteuropa Wege in die verschiedensten (Entwicklungs-)Richtungen eröffnen will, ist es die aktuelle Erweiterungsstrategie der EU – und ihr Bestehen auf der Einhaltung ökonomischer Kriterien – die sich als effektivste Waffe der Europäischen Union bei der Disziplinierung der Regierungen der Bewerberstaaten im Prozess der Überwindung der „neuen sozialen Krise“ in diesen Ländern erwiesen hat. Auf der Grundlage der sogenannten Kriterien von Kopenhagen (vom Juni 1993) wurden 1998 Beitrittsverhandlungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas begonnen, die ihre politische Prüfung bestanden hatten. Diese Entscheidung wurde auf der Basis des *fact finding*

der Europäischen Kommission hinsichtlich der politischen Kopenhagen-Kriterien getroffen: Stabilität der demokratie-garantierenden Institutionen, Rolle des Gesetzes, Menschenrechte und Achtung und Schutz von Minderheiten. Ein genauere Blick in die Länder- und nachfolgenden Fortschrittsberichte legt nahe, dass dabei eher die Übergänge zur Demokratie in den Bewerberländern getestet wurden als deren jeweilige politische Transformation. Weder die Europäische Kommission noch der Rat blickten über die für die Einführung von Demokratie notwendigen, formalen institutionellen Veränderungen hinaus. Dies gilt gleichermaßen für die Interpretation der ökonomischen Kriterien. Konkreter: die Existenz einer funktionierenden, wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft und die Fähigkeit, als Mitglied Verpflichtungen zu übernehmen, sind die beiden (wirtschaftlichen Kopenhagen-)Kriterien, denen die größte Aufmerksamkeit in den Beitrittsverhandlungen gilt. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Hinsicht die Errichtung der administrativen Strukturen in den Bewerberstaaten, so dass die EU-Gesetzgebung wirkmächtig implementiert werden kann. Da ein großer Teil dieser Gesetzgebung mit dem Binnenmarkt und dessen „vier Freiheiten“ zusammenhängt, ist es nicht übertrieben zu schlussfolgern, dass die Beitrittsvorbereitungsstrategie der Europäischen Kommission grundsätzlich auf eine Disziplinierung der Kandidaten in Bezug auf ihre Integrationsfähigkeit in den freien Markt hinausläuft.

Der Wortlaut der ökonomischen Kopenhagen-Kriterien („Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, Wettbewerbsdruck und Marktzwängen innerhalb der EU standzuhalten“) scheint zu implizieren, dass die EU auch auf die Veränderungen in den Strukturen und Verhaltensweisen abzielt, die für das *Funktionieren* eines neuen Wirtschaftssystems notwendig sind. Die Methode, die in den Beitrittsverhandlungen verfolgt wird, verweist allerdings in eine andere Richtung. Die Regulierung der bestehenden *acquis communautaire*, z.B. der formalen institutionellen und rechtlich-administrativen Veränderungen, die für die *Errichtung* einer freien Marktwirtschaft nötig sind, ist weitaus wichtiger. Es muss nicht extra betont werden, dass der Unterschied zwischen Transition und Transformation von großer Bedeutung ist, wenn wir die verschiedenen Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Bewerberländer betrachten. Wenn wir mit David Mayes annehmen, dass sozialer Zusammenhalt „die Hinnehmbarkeit der Niveaus wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit, die existieren und akzeptiert werden (...) und der Maßnahmen (ist), die getroffen werden, um damit umzugehen“ (Mayes 1995: 1), können wir schlussfolgern, dass die Betonung der ökonomischen Transition durch die EU zur wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit in den Bewerberländern beigetragen hat. In der Zwischenzeit und ohne konkrete soziale Kriterien sind die Regierungen in Mittel- und Osteuropa gezwungen, Maßnahmen der sozialen Sicherung (die gerade existieren, um der zunehmenden Ungleichheit entgegenzuwirken) zu-

gunsten makroökonomischer Regulierung und Stabilität zu opfern. Dies bringt uns nun zurück zum oben zitierten Alain Lipietz und seiner Definition des *peripheren* Fordismus. Für Lipietz dreht sich Peripherisierung grundsätzlich um institutionell nur unzureichend reguliertes oder angepasstes Wachstum in der gesellschaftlichen Nachfrage nach Konsumgütern im nationalen Rahmen. Und es ist diese Abwesenheit eines solchen, auf zunehmenden sozialen Zusammenhalt in den Kandidatenländern abzielenden Regulationsmodus (zusammen mit der beschleunigten Auflösung des alten, kommunistischen Regulationsmodus), um die es geht, wenn von der Neuen Europäischen Peripherie die Rede ist. Die externe Disziplin, die diesen Ländern u.a. durch das Zusammenwirken ausländischen Kapitals und der Beitrittsvorbereitungsstrategie der EU aufgezwungen wird (unterstützt durch die neuen Manager-Eliten in diesen Ländern), geht mit der sogenannten neuen sozialen Krise einher. In diesem Kontext ist es nicht überraschend, dass die Bevölkerungen in Mittel- und Osteuropa „der endlosen Forderungen nach Reformen überdrüssig“ geworden sind, wie kürzlich in einem Kommentar der *Financial Times* zu lesen war, „oder dass sie nun zu einer leichten Beute für die Versprechungen des Interventionismus und Populismus werden“ (*Financial Times* vom 4. Juni 2002). Über die möglichen Konsequenzen dieser Entwicklungen für den zukünftigen Kurs der politischen Transformation kann man nur spekulieren.

Übersetzung aus dem Englischen von Lydia Heller

Literatur

- Agh, Attila (1998): *The Politics of Central Europe*, London.
- Berend, Ivan (1996): *Central and Eastern Europe 1944-1993. Detour from the periphery to the periphery*, Cambridge.
- Böröcz, József (1997): From Comprador State to Auctioneer State: Property Change, Realignment and Peripheralization in Post-State-Socialist Central and Eastern Europe, paper presented at the *Conference on States and Sovereignty in the World Economy*, University of California at Irvine, 22 February.
- Durán, Juan José (1999): *Multinationales Españolas en Iberoamérica*, Madrid.
- European Commission (2001): *The Free Movement of Workers in the Context of Enlargement*, Brussels.
- Europese Commissie (2001): *Europa, eenheid, solidariteit, verscheidenheid. Tweede verslag over de economische en sociale cohesie*, Luxemburg.
- Eyal, Gil, Iván Szelényi and Eleanor Townsley (1997): The Theory of post-Communist Managerialism, in: *New Left Review*, Nr. 222, 60-92.
- Frank, Andre Gunder (1979): *Dependent Accumulation and Underdevelopment*, New York.
- Gill, Stephen (1990): *American Hegemony and the Trilateral Commission*, Cambridge.
- Holman, Otto (1992): Introduction. Transnational Class Strategy and the New Europe, in: *International Journal of Political Economy*, Vol. 22, Nr. 1, 3-22.
- Holman, Otto (1995a): A Short History of Spanish Banking, *Amsterdam International Studies Working Papers*, No. 40, Amsterdam.
- Holman, Otto (1995b): *Transformatieprocessen in Midden- en Oost-Europa: de internationale dimensie*, Den Haag.

- Holman, Otto (1996): *Integrating Southern Europe. EC Expansion and the Transnationalisation of Spain*, London.
- Holman, Otto (1999): De toekomst van het Europese structuurbeleid, in: Carla Aarsen (ed.), *Sociaal Europa*, Amsterdam, 74-97.
- Holman, Otto (2001): The New Populism. Transnational Governance in the European Union, paper presented at the *Annual Convention of the British International Studies Association*, Edinburgh, 17-19 December.
- Huntington, Samuel (1991): *The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century*, Norman.
- Laclau, Ernesto (1977): *Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism, Fascism, Populism*, London.
- Lipietz, Alain (1982): Towards Global Fordism?, in: *New Left Review*, Nr. 132, 33-47.
- Lipietz, Alain (1987): *Mirages and Miracles. The Crises of Global Fordism*, London.
- Mao Tse-Tung (1937): Über den Widerspruch, in: *Fünf philosophische Monographien*, Peking 1976.
- Mayes, David (1995): Introduction: Conflict and Cohesion in the Single European Market, in: Ash Amin and John Tomaney (eds.), *Behind the Myth of European Union. Prospects for Cohesion*, London, 1-9.
- Muñoz, Juan (1970): *El Poder de la Banca en España*, Madrid.
- Muñoz Juan, et al. (1978): *La Internacionalización del Capital en España, 1959-1977*, Madrid.
- Offe, Claus (1991): Capitalism by Democratic Design? Democratic theory facing the triple transition in East Central Europe, in: *Social Research*, Vol. 58, Nr. 4, 865-92.
- Poulantzas, Nicos (1977): *Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt/M.*
- Roldán, Santiago, et al. (1973): *La Formación de la Sociedad Capitalista en España, 1914-1920*, Madrid.
- Rueschemeyer, Dietrich, et al. (1992): *Capitalist Development and Democracy*, Cambridge.
- Van der Pijl, Kees (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London.
- World Bank (1996): *From Plan to Market. World Development Report 1996*, Oxford/Washington.